



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

HISTORISCHES SEMINAR
LEHRSTUHL FÜR NEUESTE GESCHICHTE
UND ZEITGESCHICHTE



Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus

Forschungsprojekt des Historischen Seminars der LMU München
Abteilung Neueste Geschichte und Zeitgeschichte
im Auftrag der Landeshauptstadt München
in Kooperation mit dem Stadtarchiv München
unter Leitung von Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze, Prof. Dr. Hans Günter Hockerts,
Prof. Dr. Christiane Kuller und PD Dr. Winfried Süß

15. Zwischenbericht
(September 2018)

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze
Prof. Dr. Hans Günter Hockerts
Prof. Dr. Christiane Kuller
PD Dr. Winfried Süß

Astrid Bösl, M.A.
Jan Neubauer, M.A.

Inhaltsübersicht

I Bericht Arbeitshalbjahr März bis September 2018

1. Arbeitsbericht Studie 5: Stadtspitze/Ratsherren – Lebensläufe,
Netzwerke, Wirkungskreise
(Astrid Bösl)

2. Arbeitsbericht Studie 6: Die Stadt als Arbeitsplatz
(Jan Neubauer)

3. Präsentation und Vernetzung des Projekts

II Ausblick auf das Arbeitshalbjahr Oktober 2018 bis Februar 2019

I Bericht Arbeitshalbjahr März bis September 2018

1. Arbeitsbericht Studie 5: Stadtspitze/Ratsherren – Lebensläufe, Netzwerke, Wirkungskreise (Astrid Bösl)

Astrid Bösl hat im Berichtszeitraum die Erstellung von Biogrammen für die insgesamt 75 Bürgermeister, Ratsherren, Referenten und Stadträte (1933 bis 1935) abgeschlossen. Anschließend hat sie die mit einem systematischen Raster erfassten biographischen Daten quantitativ und qualitativ ausgewertet, um das Sozialprofil von 52 Stadträten und Ratsherren zu erschließen. Dabei geht es insbesondere um Fragen wie die geographische Herkunft, Altersstruktur, Konfession, das Bildungs- und Berufsprofil, den Eintritt in die NSDAP sowie weltanschauliche Prägungen und Orientierungen. In jeder dieser Kategorien analysiert Frau Bösl die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Untersuchungsgruppe. In einer vergleichenden Perspektive mit NS-Funktionären (Ratsherren und Kreisleitern) anderer Städte und Regionen hat sie zudem die Spezifika der Münchner Gemeindevertreter herausgearbeitet.

Die Untersuchung des Sozialprofils hat gezeigt, dass fast drei Viertel der Stadträte und Ratsherren (37 Personen) in Bayern, vor allem in Oberbayern, geboren wurde. Zu den Herkunftsstaaten zählten außerdem noch Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden und einige deutsche Kleinstaaten sowie Österreich. Zumeist lebten die Gemeinderäte mehrere Jahre in München, bevor sie in ihr Amt gelangten. Hinsichtlich der Konfessionszugehörigkeit (56 % katholisch, 37 % evangelisch, jeweils eine Person war alt-katholisch, evangelisch-reformiert und konfessionslos) unterschieden sie sich deutlich von der regionalen Gesamtbevölkerung in Oberbayern (über 90 % katholisch). Der höhere Anteil an Protestanten unter den Gemeinderäten hing unter anderem damit zusammen, dass die nach München hinzugezogenen Stadträte und Ratsherren überwiegend aus evangelisch geprägten Regionen des Deutschen Reiches stammten.

Die Befunde zum Bildungsprofil zeigen, dass die Münchner Kommunalvertreter anteilmäßig einen höheren Schulabschluss erworben hatten als der Bevölkerungsdurchschnitt. Fast ein Drittel der Stadträte und Ratsherren besaß das Abitur bzw. die Hochschulzugangsberechtigung. Im Anschluss an ihre Schul- und Hochschulausbildung ergriffen die Gemeinderäte einen Beruf vor allem im Bereich Handel und kaufmännische und Finanzdienstleistung, im Bereich Bau, Architektur und Vermessung sowie im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe. Bis 1933 änderte sich das Berufsprofil der Untersuchungsgruppe. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme waren die meisten Gemeinderäte zwar immer noch in einem

Handelsberuf tätig, die zweitgrößte Gruppe bildeten nun aber Parteifunktionäre und Personen, die in parteinahen Berufen arbeiteten. Auffallend ist zudem, dass in der „Hauptstadt der deutschen Kunst“ ein knappes Fünftel der Gemeinderäte künstlerische, planerische und gestalterische Berufe ausübte (Architekten, Maler, Bildhauer). Ferner fällt ein hoher Anteil Selbstständiger auf. Arbeiter waren hingegen kaum vertreten.

Frau Bösl untersuchte des Weiteren die NSDAP-Mitgliedschaft der Stadträte und Ratsherren sowie deren politische Aktivitäten in der Partei und ihren Gliederungen. Wie sich gezeigt hat, war mehr als die Hälfte zum ersten Mal vor 1923 in die Partei eingetreten. Der Anteil „Alter Kämpfer“ lag damit im Vergleich zu anderen Funktionärsgruppen überdurchschnittlich hoch. Für insgesamt zwei Drittel der Gemeinderäte ist die Tätigkeit in einer Ortsgruppe, einer der Gliederungen oder im parteinahen Umfeld für den Zeitraum vor 1933 nachweisbar. Sie ist neben einer langjährigen Parteimitgliedschaft kennzeichnend für die seit März 1933 amtierenden NSDAP-Stadträte. Die Frage nach den individuellen Beweggründen, aus denen die 52 Stadträte und Ratsherren in die NSDAP eingetreten waren, ist nicht leicht zu beantworten. Die Quellen lassen nur bedingt Rückschlüsse auf prägende Faktoren für die weltanschauliche Orientierung zu. Von den 52 Personen der Untersuchungsgruppe nahmen rund zwei Drittel als Soldaten am Ersten Weltkrieg teil. Diese Personen gehörten überwiegend der sogenannten Frontgeneration (1880 bis 1900) an, also den Jahrgängen, die als erste zum Kriegsdienst eingezogen wurden und den Krieg in voller Länge miterlebten. Diesem Kriegserlebnis wird in der Forschung eine formative Wirkung für politische Werthaltungen zugeschrieben. Allerdings wird eine Erklärung für die Radikalisierung der Stadträte und Ratsherren nicht monokausal argumentieren dürfen, sondern muss von einem vielschichtigen Bündel an Beweggründen ausgehen.

2. Arbeitsbericht Studie 6: Die Stadt als Arbeitsplatz. Kommunale Personalpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung“ (Jan Neubauer)

Jan Neubauer hat im letzten Halbjahr den Großteil seiner Arbeit verschriftlicht. Von insgesamt acht Einzelkapiteln sind sechs fertig gestellt. In den niedergeschriebenen Teilen beschäftigt sich der Bearbeiter eingehend mit den unmittelbaren Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtübernahme auf die städtische Belegschaft 1933. Dabei betrachtet er sowohl die gewalttätigen und diskriminierenden Maßnahmen der neuen Machthaber als auch Integrationsangebote an die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, auf denen die Machtsicherung vor Ort beruhte.

Bereits verschriftlicht sind zudem mehrere Teilkapitel, die sich mit den Auswirkungen des Krieges auf die kommunalen Mitarbeiter und die städtische Personalpolitik beschäftigen. Dazu gehören zentral der Themenkomplex Zwangsarbeit für die Stadt, die kommunale Arbeitswelt im (Luft-)Krieg sowie die Zusammenbruchphase des Regimes im letzten Kriegsjahr.

3. Präsentation und Vernetzung des Projekts

Im Mai 2018 wurden zwei Teilkapitel von Jan Neubauer im Rahmen des ProMoHist Doktorandenkolloquiums besprochen. Der Bearbeiter profitierte von der produktiven Diskussion im Workshop und konnte Anregungen der teilnehmenden Promovierenden im weiteren Schreibprozess berücksichtigen.

Die Zeitschrift der LMU München ("Münchner Uni Magazin") brachte in Nr. 3/2018, S. 30 f. einen Bericht über die Grundanlage und einige Ergebnisse des Projekts. Matthias Irlinger erhielt für seine Studie "Die Versorgung der 'Hauptstadt der Bewegung'. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München", erschienen als Band 5 der Reihe "München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft", den Nachwuchspreis 2018 der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung.

II Ausblick auf das Arbeitshalbjahr Oktober 2018 bis Februar 2019

Als Ergänzung zum kollektivbiographischen Kapitel wird Astrid Bösl zwei vertiefende Teilkapitel formulieren, die sich mit der Frage nach der Konstituierung der Untersuchungsgruppe sowie der Funktion der Verwaltungsräte auseinandersetzen. Anschließend wird sie die Biogramme der 52 Stadträte und Ratsherren zu ausführlicheren Lebensbildern ausarbeiten, um so eine Typologie der Gemeinderäte zu erarbeiten. Ein weiteres Kapitel wird sich mit der Zeit nach 1945 und dem Umgang mit den vormaligen Gemeinderäten auseinandersetzen. Im Fokus stehen dabei unter anderem diejenigen Stadträte und Ratsherren, die bis 1945 als städtische Bedienstete tätig waren und nun Rechtsansprüche gegen die Stadt erhoben.

Jan Neubauer wird Ende November als Referent auf der Tagung „Militär und Stadt im Krieg“ vortragen, welche die KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Kooperation mit der Universität Hamburg und der Evangelischen Akademie der Nordkirche ausrichtet. Dabei wird er über „Münchens kommunale ‚Betriebsgemeinschaft‘ im Luftkrieg“ sprechen und einen Einblick in das bereits verschriftlichte Kapitel zur städtischen Arbeitswelt im Krieg geben. Darüber hinaus wird er die Niederschrift seiner Dissertation abschließen.